

Auer Tageblatt

Befellungen nehmen die Anzeigen und für Anzeigen die Postenstellen entgegen. — Erscheint wochentlich. Fernsprech-Anschluss Nr. 53.

Anzeiger für das Erzgebirge

Redaktionspreis für Anzeigen aus dem Erzgebirge 25 Gelbfennig, aus dem Erzgebirge 25 Gelbfennig, aus dem Erzgebirge 25 Gelbfennig, aus dem Erzgebirge 25 Gelbfennig, aus dem Erzgebirge 25 Gelbfennig.

Telegramm: Erzblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Konto Amt Leipzig Nr. 1998

Nr. 202

Dienstag, den 31. August 1926

21. Jahrgang

Ratsitz und Tagerfrage.

England will keine Tagerverhandlungen in Genf.

London, 29. Aug. Der diplomatische Berichterstatter des „Observer“ schreibt zu der spanischen Tagerforderung, die Locarnomächte, die dazu verpflichtet seien, dahin zu wirken, daß Deutschland jetzt endlich seinen Sitz im Völkerbundrat erhalte, seien entschlossen, sich keiner Erpressung zu unterwerfen. Glücklicherweise sei die Lage jetzt durch eine Darlegung der italienischen Regierung geklärt worden, wonach Italien die Frage der Ratsitzfrage und die Tagerfrage als vollkommen getrennte Fragen betrachte und die Aufwerfung der letzteren in Genf als ungesetzlich ansehe. Dies sei auch der Standpunkt, den Großbritannien und Frankreich einnehmen. „Sunday Times“ zufolge verlaute, daß die britische Regierung in ihrer Antwort auf das spanische Tagermemorandum, die wahrscheinlich innerhalb zweier Tage nach Madrid abgefaßt werde, zum Ausdruck bringen werde, daß die Abhaltung einer so kurz vorher einberufenen Konferenz keinen nützlichen Zweck haben werde. Nach britischer Ansicht könne eine Erörterung der Tagerfrage erst nach der Sitzung des Völkerbundes stattfinden, deren Hauptzweck die Aufnahme Deutschlands ist.

Frankreich und Tager.

Paris, 29. Aug. Die Morgenpresse beschäftigt sich mit dem spanischen Vorschlag, die Tagerfrage auf einer am 1. September zusammentretenden Konferenz zu behandeln. „Petit Parisien“ teilt mit, am Quai d'Orsay habe man erklärt, daß die französische Antwort auf die spanische Note über die Tagerfrage noch nicht abgegangen sei, daß aber der spanische Botschafter in Paris schon jetzt seiner Regierung den wesentlichen Inhalt dieser Antwort habe übermitteln können. Die französische Antwort wird ebenso wie die der englischen Regierung formell ablehnend sein.

Keine spanischen Kriegsschiffe nach Tager.

Paris, 29. Aug. Nach einer im „Matin“ veröffentlichten Meldung aus Cadix wird die Nachricht bestritten, daß drei spanische Kriegsschiffe gestern aus Cadix mit der Bestimmung nach Tager ausgelaufen seien. Alles lasse darauf schließen, daß die Telegramme einer strengen Zensur unterliegen.

Hoesch und Gaus in Genf.

Genf, 29. Aug. Botschafter von Hoesch und Ministerialdirektor Gaus, die gestern nachmittag hier eingetroffen sind, hatten im Laufe des Abends eine fast zweistündige Unterredung mit Sir Cecil Hurst, Lord Robert Cecil und Fromageot. Die Besprechung brachte

im wesentlichen eine Befestigung der Vorschläge der ersten Tagung des Prüfungsausschusses. Das in diesen Vorschlägen ausdrücklich vorgesehene Recht der Völkerbundsvollversammlung auf jederzeitige Abberufung und Neuwahl der nichtständigen Ratsmitglieder dürfte jedoch in der ursprünglich vorgesehenen Form nicht aufrecht erhalten bleiben. Nach Auffassung der Rechtsfachverständigen ist dieses Recht der Vollversammlung bereits im Völkerbundspakt selbst grundsätzlich enthalten.

Genf, 29. Aug. Die Mitglieder der morgen vormittag zusammentretenden Studentenkommision für die Ratsfrage sind zum größten Teil die gleichen wie bei der ersten Tagung. Die verschiedenen Vertreter sind fast alle bereits im Laufe des Sonntags angekommen. Abends wird noch der belgische Delegierte Graf de Brodere erwartet. Der Urheber des Reformplanes, Sir Robert Cecil, dessen Abänderung wohl morgen zunächst die Versammlung beschäftigen wird, war heute früh als erster eingetroffen.

Am Nachmittag kamen der deutsche Botschafter von Hoesch und Ministerialdirektor Dr. Gaus hier an. Diese hatten sofort nach ihrem Eintreffen um 6 Uhr eine Besprechung mit dem englischen Kronjuristen Sir Cecil Hurst und dem französischen Rechtsbeirat und Vertreter von Paul Boncour in der Studentenkommision Fromageot. An der Besprechung nahm außerdem noch Sir Robert Cecil teil. Die Unterredung währte bis gegen 8 Uhr abends und ergab, wie verlautet,

eine vollständige Übereinstimmung

aller Beteiligten. Es scheint, daß die Reformpläne von Lord Robert Cecil, die aus der Tagung der Studentenkommision hervorgegangen sind, nur in einem wesentlichen Punkte abgeändert werden sollen, nämlich in der Frage des Rechts der Völkerbundsvollversammlung, jederzeit den ganzen Völkerbundrat, d. h. sämtliche nichtständige Mitglieder, neu zu wählen. Ob dieser Abänderungsvorschlag freilich eine Übereinstimmung in der Studentenkommision findet oder sogar eine Mehrheit in der Völkerbundsvollversammlung, kann zur Stunde noch nicht gesagt werden.

Die Frage des deutschen Ratsstzes betrachtet man hier allgemein als gesichert.

da bisher von keiner Seite Nachrichten darüber vorliegen, daß irgendein Widerspruch dagegen geltend gemacht wird. Ein leichter Septizismus scheint jedoch am Plage zu sein, um auf alle Fälle vor Überraschungen gesichert zu sein.

Genfer Tagung der Interparlamentarischen Union.

Genf, 29. Aug. Die Kommissionen der Interparlamentarischen Union setzten gestern ihre Beratungen fort. Die Kommission zum Studium der ethnographischen und kolonialen Fragen beschloß auf Antrag von Dr. Schnez-Deutschland, neuerdings in die Tagesordnung die mit dem Regime der Kolonialmandate zusammenhängenden Fragen aufzunehmen. Andererseits prüfte die Kommission mehrere Vorschläge betreffend die nationalen Minderheiten. Sie gab dem Wunsch Ausdruck, daß diese Fragen erst dann in die Tagesordnung aufgenommen würden, wenn sie durch die zuständige Kommission und durch den Rat der Interparlamentarischen Union geprüft worden seien.

Amerika für Revision des Dawesplanes.

Neuhork, 29. Aug. „Neuhork Tribune“ meldet aus Washington, in politischen Kreisen werde die Möglichkeit einer von den Vereinigten Staaten geforderten Revision des Dawesplanes erörtert. Es werde erwartet, daß Schatzsekretär Mellon nach seiner Rückkehr über die Tunsichtlichkeit eines solchen Verlangens Aufklärung geben werde.

Wahlniederlage des ersten amerikanischen weiblichen Gouverneurs.

Dallas (Texas), 29. Aug. Frau Ferguson, der erste weibliche Gouverneur Amerikas, ist bei den gestern abgehaltenen Wahlen um die Stelle des Gouverneurs von dem Generalsstaatsanwalt Dan Moody im Verhältnis von 2:1 geschlagen worden.

Amerika und der Weltgerichtshof.

Neuhork, 29. Aug. „Associated Press“ meldet aus Washington, daß der demokratische Senator Trammell (Florida) erklärte, er werde in der nächsten Kongresssion die Rückgängigmachung der Senatratifizierung des Vertrages der Vereinigten Staaten zum Weltgerichtshof vorschlagen, obwohl er seinerzeit für die Ratifizierung gestimmt habe. Der republikanische Senator Gooding (Idaho) hat kürzlich eine ähnliche Erklärung abgegeben, die er mit der Haltung Frankreichs zum Schuldenabkommen begründete.

Tagung der Exekutive der sozialistischen Arbeiter-Internationale.

Zürich, 29. Aug. Gestern tagte hier die Exekutive der sozialistischen Arbeiter-Internationale. Vertreten waren 20 Länder, darunter Deutschland durch Wels und Crispian. Brodere-Beigien trat für eine positive Zusammenarbeit der Sozialisten mit dem Völkerbund ein, wogegen Bauer auf die Gefahren einer solchen Mitarbeit hinwies. Der Exekutivauschuß beauftragte Brodere und Bauer mit der Ausarbeitung einer Entschlieung zu dieser Frage.

Auflösung des französischen Militärpolizeigerichts in Düren.

Düren, 28. Aug. Das in Düren befindliche Militärpolizeigericht ist im Zusammenhang mit der kürzlich gemeldeten Zusammenfassung der französischen Militärgerichtsbarkeit im besetzten Gebiet aufgelöst worden. Seine Zuständigkeit ist auf das Militärgericht in Trier übergegangen. Um den beteiligten Personen jedoch weite Reisen nach Trier zu ersparen, werden je nach Bedarf von Trier aus Gerichtstage in Düren abgehalten werden.

Die Sicherung der Eisenbahnen.

Die außerordentliche Beunruhigung der weitesten Kreise über die Vorgänge im Eisenbahnwesen, die zu der schweren Katastrophe von Leiferde geführt hat, hat das Reichsverkehrsministerium veranlaßt, eine Besprechung zu veranstalten, an der Vertreter der Hauptverwaltung der Reichsbahngesellschaft und der beteiligten Reichs- und preussischen Ressorts teilnahmen. Ueber das Ergebnis wird die folgende offizielle Mitteilung ausgegeben:

„Aus Anlaß der in letzter Zeit häufiger aufgetretenen verbrecherischen Anschläge gegen Eisenbahnanlagen hat im Reichsverkehrsministerium eine Untersuchung mit der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft stattgefunden unter Inzuehung der beteiligten Reichs- und preussischen Ressorts.“

Im Reichsverkehrsministerium besteht nach dem bisherigen Ergebnis der Untersuchung kein Zweifel darüber, daß der Unfall bei Leiferde auf einen verbrecherischen Anschlag zurückzuführen ist; auch die Kriminalpolizei sieht auf demselben Standpunkt. Die Besprechung ergab Einverständnis darüber, daß eine Vernehmung der planmäßigen Streckenbegehung keine Aussicht bieten würde, derartige Vorkommnisse hintanzuhalten.

Neben diesen planmäßigen Begehungen wird im Reich der Deutschen Reichsbahngesellschaft schon seit Jahren ein besonderer Streifendienst zur unvermüteten Ueberwachung der Bahnanlagen ausgeübt. Es ist ferner bereits vor einigen Monaten Anordnung getroffen, diesen Dienst auf besonders wichtigen oder besonders gefährdeten Strecken entsprechend zu verstärken.

Diese Maßnahmen wurden auch bei der Besprechung als durchaus zweckmäßig anerkannt; nach den Ergebnissen der letzten Wochen hat die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft erneut eine Verstärkung dieses Streifendienstes angeordnet.

Bei der Verfolgung der einzelnen verbrecherischen Anschläge wird auf engste Zusammenarbeit zwischen der Kriminalpolizei, die durch namhafte Vertreter an der Besprechung beteiligt war, und der Deutschen Reichsbahngesellschaft größter Wert gelegt.“

Die Weltkirchenkonferenz zur Kriegsschuldfrage.

Berlin, 29. Aug. Im Vollzugausschuß der Weltkirchenkonferenz beantragte, nachdem noch Erzbischof Soederblom gesprochen hatte, Professor Monnier folgende Entschlieung:

„Der Vollzugausschuß der Weltkirchenkonferenz beschließt, nach Anhörung der Vertreter der Bänderkirchen Europas und Amerikas, vornehmlich der Vertreter Frankreichs, Deutschlands, Oesterreichs und Englands, den Völkerbund einzuladen, eine unparteiische Kommission einzusetzen, zur Prüfung der Kriegsschuldfrage.“

Reichsgerichtspräsident Dr. Simons gab eine Erklärung ab, in der er sagte, die deutschen Vertreter hätten der glänzenden Rede von Professor Monnier nichts hinzuzufügen und würden sich seinem Antrage anschließen. Das Exekutivkomitee der Weltkirchenkonferenz hat über die Entschlieung noch heute spät abends in einer Sitzung, die bis nach 10 Uhr dauerte, Beschluß gefaßt. Die Entschlieung wurde mit 70 gegen 3 Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen. Dagegen gestimmt haben zwei Mitglieder aus Indien und ein Japaner. Der Stimme enthalten haben sich zwei Schweizer, ein Serbe, ein Amerikaner und ein Däne. Die Resolution wird dem Generalsekretär des Völkerbundes übermittelt werden, an den sich der Appell der Weltkirchenkonferenz wendet.

Reichsprovinz Niedersachsen!

Nach einer Meldung aus Oldenburg vertritt Oberbürgermeister Julius Wesermünde die Forderung, daß die Verwaltung der Häfen an der Nordseite unter drei verschiedenen Länderregierungen zu unheilbaren Zuständen geführt habe. Er fordert die Befestigung der Landesgrenzen und die Uebertragung der Verwaltung aller Häfen auf das Reich durch Schaffung einer Reichsprovinz Niedersachsen, das u. a. auch Aufgehen des Staates Oldenburg in die neu zu schaffende Provinz bedeuten würde.

Diesem Vorschlage tritt der frühere oldenburgische Ministerpräsident Tangen mit der Forderung entgegen, daß das Hafengebiet nicht in das Reich, sondern in Preußen aufgehen müsse. Die Aufgabe sei nicht so gestellt, Problem gegen sowie mit und durch Preußen zu lösen, um über Preußen zur Reichseinheit zu gelangen.